

§ 1074 ZPO

(1) Für Beweisaufnahmen in der Bundesrepublik Deutschland ist als ersuchtes Gericht im Sinne von [Art. 3 Abs. 1 der Verordnung \(EU\) 2020/1783](#) dasjenige [Amtsgericht](#) zuständig, in dessen Bezirk die Verfahrenshandlung durchgeführt werden soll.

(2) Die Landesregierungen können die Aufgaben des ersuchten Gerichts einem [Amtsgericht](#) für die Bezirke mehrerer [Amtsgerichte](#) durch Rechtsverordnung zuweisen.

(3) Die Landesregierungen [bestimmen](#) durch Rechtsverordnung die Stelle, die in dem jeweiligen Land

1. als deutsche Zentralstelle nach [Art. 4 der Verordnung \(EU\) 2020/1783](#) zuständig ist,
2. als zuständige Stelle über Ersuchen um unmittelbare Beweisaufnahme nach [Art. 19 Abs. 1 der Verordnung \(EU\) 2020/1783](#) entscheidet.

Die Aufgaben nach den Nummern 1 und 2 können in jedem Land nur jeweils einer Stelle zugewiesen werden.

(4) Zentralstelle des Bundes nach [Art. 4 der Verordnung \(EU\) 2020/1783](#) ist das Bundesamt für Justiz. Es unterstützt bei Bedarf die zuständigen [Behörden](#) der Länder.

(5) Die Landesregierungen können die Befugnis zum [Erlass](#) einer Rechtsverordnung nach den Absätzen 2 und 3 Satz 1 einer obersten Landesbehörde übertragen.

Fassung ab 01. Jul 2022

Fassung bis einschl 30. Jun 2022

§ [1074 ZPO](#) Zuständigkeiten nach der [Verordnung \(EG\) Nr. 1206/2001](#)

(1) Für Beweisaufnahmen in der Bundesrepublik Deutschland ist als ersuchtes Gericht im Sinne von [Art. 2 Abs. 1 der Verordnung \(EG\) Nr. 1206/2001](#) dasjenige [Amtsgericht](#) zuständig, in dessen Bezirk die Verfahrenshandlung durchgeführt werden soll.

(2) Die Landesregierungen können die Aufgaben des ersuchten Gerichts einem [Amtsgericht](#) für die Bezirke mehrerer [Amtsgerichte](#) durch Rechtsverordnung zuweisen.

(3) Die Landesregierungen bestimmen durch Rechtsverordnung die Stelle, die in dem jeweiligen Land

1. als deutsche Zentralstelle im Sinne von Art. 3 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 zuständig ist,
2. als zuständige Stelle Ersuchen auf unmittelbare Beweisaufnahme im Sinne von Art. 17 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 entgegennimmt.

Die Aufgaben nach den Nummern 1 und 2 können in jedem Land nur jeweils einer Stelle zugewiesen werden.

(4) Die Landesregierungen können die Befugnis zum Erlass einer Rechtsverordnung nach den Absätzen 2 und 3 Satz 1 einer obersten Landesbehörde übertragen.